



Leopoldshöhe, den 25.2.2021

## Presseinformation der FDP Fraktion Leopoldshöhe

### Fragen unerwünscht !

***25.2.2021: Endlich trifft sich der Gemeinderat Leopoldshöhe wieder in öffentlicher Sitzung, da wird von SPD und CDU die öffentliche Beantwortung und Diskussion dringender Fragen zu Lockdown Maßnahmen vor Ort, Digitalisierung und Impfterminen im Gemeindeparlament „verboten“.***

In der heutigen Gemeinderatssitzung in Leopoldshöhe kam es zu einem ungewöhnlichen Vorgang: Die FDP Fraktion hatte eine Anfrage an den Bürgermeister gestellt, die Sie zuvor schriftlich als Brief eingereicht hatte und in der es um Fragen zur Schließung und Wiedereröffnung des Rathauses, zur Aufrechterhaltung des Bürgerservices unter Lockdown- und Homeoffice-Bedingungen, zu Fertigstellung und Freischaltung des verlegten Breibandnetzes im Ort und schließlich zu den Einflussmöglichkeiten der Gemeinde bei der Verbesserung der Prozesse rund um die Vergabe von Impfterminen ging.

Als dann der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, wurde auf Antrag und mit Mehrheit von SPD und CDU unterbunden, dass der Bürgermeister in der öffentlichen Sitzung diese Fragen beantworten konnte – obwohl Charts dazu vorbereitet waren und sicherlich sehr viele Bürger und Bürgerinnen in Leopoldshöhe ein hohes Interesse an diesen Antworten gehabt hätten. Immerhin dürfen die Antworten nun zu Protokoll gegeben werden.

Für die Freien Demokraten in Leopoldshöhe ist dies ein unerklärlicher und unsäglicher Vorgang: Wir können überhaupt nicht nachvollziehen, warum SPD und CDU die Information des Gemeinderates und damit auch der Bürger zu wichtigen Fragen im alltäglichen Umgang mit den Einschränkungen des Corona-Lockdowns unterbinden. Auch eine Debatte im Gemeindeparlament wurde so verhindert. Gerade unter den Einschränkungen des Corona-Lockdowns ist es unerlässlich, dass die damit verbundenen Fragen für die Bürger beantwortet werden und von den gewählten Gemeinderäten diskutiert werden können.

*„Dieser Vorgang zeigt in erschreckender Art und Weise, dass Kontaktbeschränkungen wohl auch dazu führen, dass manche Parteien die Bodenhaftung verlieren. Heute wurde in Leopoldshöhe das Recht und die Pflicht des Gemeinderates, Maßnahmen der Verwaltung zu hinterfragen und öffentlich zu diskutieren, mit Füßen getreten. Antworten auf dringende Fragen in besorgten Corona-Zeiten sind hier scheinbar unerwünscht!“* so der Fraktionsvorsitzende der FDP, Hermann Graf v. d. Schulenburg.